

Herrn
Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Friedrich-Ebert-Platz 1

51373 Leverkusen

Dhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 - 475 73
Telefax 0214 - 310 50 46
fraktion@spd-leverkusen.de
www.spd-leverkusen.de

Leverkusen, 09.02.2011

Anfrage zur Brandschutzsanierung der Gesamtschule Schlebusch

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die Debatten zur Vorlage Nr. 869/2010 „*Brandschutzsanierung der Gesamtschule Schlebusch – Verlagerung der GHS Görresstraße ab dem 1.8.2011 und Räumliche Versorgung der Gesamtschule Schlebusch während der 2-jährigen Sanierungsphase ab dem 1.8.2011*“ in den verschiedenen Gremien hat gezeigt, dass noch viele Fragen zu den Folgen einer Verlagerung von zwei Jahrgangsklassen der Gesamtschule Schlebusch in die Görresstraße unbeantwortet sind. Die Schulpflegschaft hat in ihren Schreiben auf die noch nicht geklärten Fragen hingewiesen. Im Namen der SPD-Fraktion bitte ich Sie daher bis zur endgültigen Entscheidung im Rat am 21. Februar 2011 folgende Fragen zu beantworten.

Wie können die Nachteile für die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangstufen 7 und 8, die sich aus der Verlagerung ergeben, ausgeglichen werden?

Diese Frage betrifft insbesondere:

- die Teilnahme an den jahrgangsübergreifenden Arbeitsgemeinschaften,
- die Nutzung der Schulbibliothek und
- die Beratungs- und Unterstützungsangebots (Berufswahlorientierung, Streitschlichtung, Sozialbetreuung, Selbstlernzentrum und Hausaufgabenhilfe „Hand in Hand“).

Wie können die Wegezeiten, die sich für die betroffenen Schülerinnen und Schüler aus der Verlagerung ergeben, deutlich reduziert werden? Zusätzliche Schulweg- und Pendelzeiten von 30 bis 45 Minuten sind nicht hinnehmbar.

Wie kann das Verpflegungsangebot in Mensa und Bistro am zweiten Standort für die 420 Schülerinnen und Schüler sichergestellt werden?

Wie beantwortet die Verwaltung die zahlreichen Fragen und Bedenken, die von **allen** betroffenen Schulen, bzw. Schulgremien aufgeworfen wurden?

Die unverkennbaren Nachteile der Verlagerung kann man nur durch kostspielige zusätzliche Maßnahmen teilweise kompensieren. Wie hoch sind diese zusätzlichen Kosten und wie sind sie im Vergleich mit einer organisatorischen Lösung vor Ort zu veranschlagen? Mit fiskalischen Argumenten kann man nicht so einfach pädagogische Argumente und Bedenken vom Tisch wischen.

Im Übrigen sind die tatsächlichen Kosten für eine Containerlösung nicht hinlänglich, solide und nachvollziehbar geprüft. Hierzu hat die Verwaltung in der Sitzung der Bezirksvertretung noch Nachbesserung angekündigt.

Zur Versachlichung der Diskussion sind die inzwischen aufgeworfenen Fragen zunächst zu beantworten und mit den Betroffenen zu besprechen. Die Verwaltung hatte ursprünglich zugesagt, eine einvernehmliche Lösung gemeinsam mit allen Betroffenen zu suchen. Der bisherige Verlauf der Debatte lässt ein solches Bemühen nicht erkennen.

Für eine zeitnahe Beantwortung unserer Fragen wäre ich dankbar und verbleibe

Mit freundlichen Grüßen



Ernst Küchler
Schulpolitischer Sprecher



Dr. Walter Mende
Fraktionsvorsitzender